

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: F 7, Jannowitz 5009. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 139 A

BERLIN • Donnerstag den 16. Juni 1932

1 JAHRGANG

Das Volksbegehren der Arbeiterschaft Die entlarvten Papens. / Die Junker verlangen noch mehr.

Das alte Lied der neuen Regierung

Rpt. Zur Kennzeichnung der Notverordnung der Regierung PAPAN ist der dazu gehörige Aufruf der Reichsregierung gut geeignet. Wir lassen daher die wichtigsten Stellen mit Kommentar hier folgen:

„Die Bilanz, die die Regierung vorgefunden hat, zwingt sie, als ersten Schritt vor der Inangriffnahme ihres eigentlichen Programms, die Kassenlage von Reich, Ländern und Gemeinden vorläufig zu sichern und die Sozialversicherung vor dem tatsächlich drohenden Zusammenbruch zu retten. Werden diese notwendigen und unaufschiebbaren Voraussetzungen nicht erfüllt, so sind alle weiteren Maßregeln von Anfang an in Frage gestellt.“

Das ist richtig! Und wenn die Aussicht bestünde, „alle weiteren Maßregeln“ würden vernünftige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Krisenbekämpfung sein, so sollte man in der Tat zunächst allerhand Belastung der Bevölkerung in Kauf nehmen. Aber bereits die ungerechte Verteilung der Belastung durch diese Notmaßnahmen zeigt, wohin das Staatsschiff gesteuert werden soll, — auch wenn man sonst gar nichts darüber wüßte, was Geistes Kind und welcher Klasse berufene Vertreter die Herren PAPAN und SCHLEICHER sind.

Sozialversicherung.

„Es bleibt also eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten Verwaltungsapparat Deutschlands weiter zu verbilligen. Das bringt zwangsläufig auch scharfe Einschränkungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung mit sich, deren Existenz jetzt auf dem Spiel steht.“

Welche Logik! Als wenn der Beamtenapparat der Sozialversicherung verkleinert werden könnte, wenn an den einzelnen Versicherten weniger Pfennige ausgezahlt werden und wenn außerdem mehr Bedürfnisprüfungen angestellt werden! Ein Recht auf Unterstützung hat der Erwerbslose künftig nur noch 6 Wochen (bisher 20 Wochen)! In den oberen Lohnklassen beträgt die Kürzung 40—50 Prozent! — Die „scharfen Einschränkungen“ haben eine wichtige Funktion, die in der Regierungserklärung natürlich nicht genannt wird: Die Vorbereitung neuer Lohnsenkungen und weiterer „Lockerung des Tarifwesens“.

Im folgenden Absatz bemüht die Reichsregierung das Schicksal und BISMARCK. Wir lassen diesen Absatz zur Kennzeichnung der „sozialen Gesinnung“ der Regierung, wozu er — wie der Leser bemerken wird — ja auch von den Bantonen bestimmt ist, im Wortlaut folgen. Er betrifft

... alle Deutschen.

„Es ist eine schicksalhafte Entwicklung, daß es heute, nach einem halben Jahrhundert des Bestehens der Sozialgesetzgebung nicht mehr um die Höhe der Leistungen geht, sondern um ihre Erhaltung überhaupt. Die Reichsregierung, deren soziale Gesinnung in der von ihr vertretenen Weltanschauung begründet ist, würdigt in ihrer ganzen entscheidenden Bedeutung die mit der Schöpfung des ersten Kanzlers des Deutschen Reichs begonnenen sozialen Einrichtungen, zu deren Erhaltung in dieser Stunde äußerster Not an das Gemeinschaftsgefühl aller Deutschen neue harte Anforderungen gestellt werden müssen.“

Zu „allen Deutschen“ gehören offenbar die eigentlichen „nationalen Kreise“ nicht. Denn es fehlt völlig an „harten Anforderungen“ an das Gemeinschaftsgefühl der hohen Beamten und Generale, der heutigen und der pensionierten, einschließlich der Kriegsverlierer. Auch die davongelaufenen deutschen Fürsten und deren Anhang werden nicht zu „allen Deutschen“ gerechnet, — womit wir völlig einverstanden sind. Doch sollten gerade deswegen alle Deutschen aufhören, ihnen Millionen auszugeben und ihnen also „neue harte Anforderungen“ stellen.

Doch hören wir weiter:

„Wenn die Reichsregierung heute zunächst den dringendsten Erfordernissen der Stunde nachkommt, so betont sie besonders, daß sie nicht die Absicht hat, den Weg der Erschließung neuer Einnahmequellen in Zukunft weiter zu beschreiben.“

Sehr vorsichtig formuliert! Neue Einnahmequellen zu erschließen ist wirklich allmählich schwierig geworden. Die stärkere Heranziehung einzelner Einnahmequellen wird wohlweislich offengelassen. Da die Industrieumlage kurzerhand

W—er. Der Bundesausschuß des ADGB versammelte sich am Dienstag zu seiner 7. Tagung. Er beschloß eine Kundgebung, die sich gegen die programmatischen Erklärungen der PAPAN-Regierung wendet, und zwar in erfreulich eindeutiger und kräftiger Sprache. Wir werden auf diese Kundgebung vielleicht in einem anderen Zusammenhang noch zurückkommen und wollen heute hier nur auf den Teil der Sitzung eingehen, der sich mit den Fragen der Einheitsfront beschäftigt hat. LEIPART ging auf die verschiedenen Vorschläge zur Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterschaft ein und bemängelte insbesondere, wie uns scheint nicht ganz mit Unrecht, daß die Forderung einer Einheitsfrontbildung an die Gewerkschaften häufig gerade von solchen Gruppen der Arbeiterschaft ausgeht, die durch ihr übriges Verhalten, insbesondere durch die irrsinnige Politik der Fraktionsbildung, die mit Mühe und Not erhaltene Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen häufig beigetragen haben.

Daß er im übrigen betonte, der ADGB sei durchaus bereit, ehrlichem Einheitsstreben innerhalb der Arbeiterschaft „ein aufmerksames Ohr zu leihen“, begrüßen wir. Wir begrüßen vor allem auch den besonnenen Ton der Tagung, die sich diesmal

einmütig gegen die Feinde der Arbeiterschaft richtete

und die Auseinandersetzungen mit Arbeitergruppen auf einen kameradschaftlichen Ton zurückstellte.

Wir haben gestern und häufig vorher auf die überragende Bedeutung des ADGB für die Bildung einer Einheitsfront hingewiesen und ebenso auf die Bedeutung, die jeder Einzelne in dem bevorstehenden Kampf für die Einheit hat. Wir haben vor allem auf die Unterschriftensammlung hingewiesen, die veranstaltet wird, um der Leitung der freien Gewerkschaften den Willen der Arbeiterschaft zur Einheitsfront zu zeigen. Wir weisen auch hier wieder darauf hin und fordern alle Feinde des Faschismus auf, diese Aktion zu unterstützen.

Wir hoffen und erwarten von der Leitung des ADGB, daß sie ihr Versprechen einlösen wird und dem

von 200 auf 100 Millionen Mark jährlich gesenkt wird (1), ist hier offenbar die weitere Belastung der Arbeiterschaft offengelassen.

„Befruchtungs“-Politik.

Nun folgt, sichtlich „befruchtet“ von großagrarischer Mitwirkung, die Zielsetzung der Reichsregierung:

„Ihr Ziel ist, die deutsche Wirtschaft vernunftgemäß, unter Ausschaltung künstlicher Experimente, neu zu befruchten. Sie wird deshalb mit den auswärtigen Regierungen nach einer Lösung der Weltwirtschaftskrise suchen. Darüber hinaus hält es die Reichsregierung angesichts der ungeheuren Wirtschaftsnot für ihre unabwiesbare Pflicht, die Wirtschaftsenergien des eigenen Landes zu mobilisieren und in erhöhtem Maße für die Verwertung der brachliegenden Arbeitskräfte nutzbar zu machen. Die Regierung wird alles daran setzen, um neben der Pflege des Güteraustausches der Länder untereinander durch eine zielbewußte Binnenmarktpolitik, insbesondere unter Zuhilfenahme des Arbeitsdienstes durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet der Siedlung und der bäuerlichen Veredelungswirtschaft die deutsche Wirtschaft einer allmählichen Gesundung entgegenzuführen.“

Bei dieser „Befruchtungs“-Politik sollen offenbar die wunden Stellen: Großgrundbesitz und Schwerindustrie, weiter konserviert werden. Natürlich ist auch von Steigerung der Massenkaufkraft nicht die Rede. Was sich also hinter dem Wort „Binnenmarktpolitik“ versteckt, wissen die zuständigen Minister wahrscheinlich heute selber noch nicht. Sie schreiben trotzdem hochtönend zum Schluß über die

Erlösung von der Geißel!

„Der Wille des deutschen Volkes, von der Geißel der Arbeitslosigkeit erlöst zu werden und die Hoffnung der

AUS DEM INHALT:

Sprengung der Abrüstungs-Konferenz.
Das christliche Erziehungsheim vor Gericht.
Kuhle Wampe. / Die Schande der Zensur.
Lloyd George: Siedlung gegen Arbeitslosigkeit.
Sammelliste für das Volksbegehren.

ehrliehen Einheitsstreben der Arbeiterschaft, das zweifelloso vorhanden ist, nicht nur ein aufmerksames Ohr, sondern auch eine tatkräftige Hand leihen wird. Wenn der ADGB sich dieser Aufgabe innerlich und äußerlich gewachsen zeigt, sind wir sicher, daß der Faschismus den Plan einer Verklavung der Arbeiterschaft nicht ausführen kann.

ZdA-Mitgliederversammlung in Neukölln für gemeinsame Aktion von SP und KP.

M. H. Die Mitgliederversammlung des ZdA (Bezirk Neukölln) am 13. Juni stimmte nach ausführlicher Diskussion einer Entschlieung zu, die von den Gewerkschaften fordert, daß sie für die Reichstagswahlen am 31. Juli versuchen, KP und SP zu einheitlichem Vorgehen gegen den Faschismus zu veranlassen. Der Bezirksleiter wurde beauftragt, der Berliner Ortsgruppenleitung diesen Beschluß zur Weiterleitung zu übermitteln. Nur fünf Stimmen waren gegen die Entschlieung; diese Kollegen — wohl KP-Genossen — erklärten, die SP hätte so viele Fehler gemacht, daß man nicht mit ihr, zusammengehen könne. — Ein SP-Funktionär versuchte vergeblich zu beweisen, daß die „Eiserne Front“ hinreiche als Einheitsfront gegen den Faschismus. Er fand keinen Anklang.

jungen Generation, neue Lebensgrundlagen zu finden, werden von der Regierung als eine für die Zukunft der Nation entscheidende Aufgabe mit allen Mitteln unterstützt werden.“

Wir antworten: Es ist der Wunsch der großen Mehrzahl der Arbeiter, diese Regierung möge sich möglichst rasch ins Pfefferland begeben; die Herren VON PAPAN, VON GAYL, VON BRAUN u. s. w. mögen versuchen, ihre Aecker zu befruchten.

Viele Arbeiter haben diesen Wunsch. Mit Wünschen und ihrer Äußerung kann man aber nicht Geschichte machen. SCHLEICHER äußert nicht Wünsche, sondern seinen Willen.

Es kommt an auf die Formierung eines einheitlichen Willens der Masse, schon bei der Reichstagswahl, — des Willens der Masse, von der „Geißel“ dieser Regierung erlöst zu werden.

Eine reine NS-Regierung wird, wie zu erwarten war, in Oldenburg gebildet. Im dortigen Landtag haben die NS die absolute Mehrheit. Verhandlungen über Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung sind gescheitert.

Im preussischen Landtagsgebäude erschloß sich das ehemalige stellvertretende Mitglied des preussischen Staatsrats, LA GRANGE (SPD).

Die „Deutsche Gesellschaft von 1914“ stand auch am Dienstag abend unter keinem günstigen Stern; sie hatte in Berlin eine Versammlung zur Gründung einer neuen umfassenden Bürgerpartei (Sammlung der Mittelgruppen). Das „Berliner Tageblatt“ gibt zu, daß keine Werbekraft von diesem Versuch ausgegangen sei. ECKENER, einer der Einberufer, hatte telegraphisch abgesagt.

In Wien begann am Mittwoch der Prozeß gegen den Eisenbahnattentäter SYLVESTER MATUSCHKA.

Franzosen zur Lausanner Konferenz. Für eine Politik des Muts und der Vernunft.

„Populaire“ (sozialistisch):
„Für eine wirtschaftliche und finanzielle Neuordnung kann gar nichts erwartet werden, wenn die Abrüstungskonferenz ergebnislos endigt. Ein Waffenabbau als erster Schritt zu einer allgemeinen, gleichmäßigen und kontrollierten Abrüstung ist unerlässlich für eine sofortige Entlastung der Budgets von überflüssigen Ausgaben, um das Gefühl der Sicherheit zu schaffen und um das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen.“

„Volonté“ (radikalsozialistisch, vom linken Flügel der Partei):

„Man hat von dem „Bankrott von Locarno“ gesprochen. Der wirkliche Bankrott ist der von Versailles. Europa braucht jetzt etwas anderes: Das Gegenteil von Versailles, d. h. den Zusammenschluß aller zu einem einzigen Lager. Aber dieser Zusammenschluß wird erst möglich sein, wenn die 1919 künstlich geschaffenen Ungleichheiten verschwunden sein werden. Es ist dringend notwendig, daß man in einigen Monaten soweit ist, daß nicht mehr von Reparationen gesprochen wird. Man muß dahin kommen, den Frieden in der Zusammenarbeit herzustellen. Es liegt bei MACDONALD und HERRIOT, die Vergangenheit zu liquidieren und dadurch die Tore für die Zukunft zu öffnen, die nur aufgebaut werden kann durch ein wirkliches Bündnis zwischen Paris und Berlin.“

„Ere nouvelle“ (das Blatt Herriots):

„Wenn man nicht gewillt ist, in der einen oder anderen Form unter den europäischen Staaten eine notwendige Solidarität herzustellen, so setzt sich unsere alte Welt der Gefahr aus, daß die Uebel, an denen sie leidet, und zu deren Verschärfung der dauernd zunehmende Nationalismus und Protektionismus immer beigetragen haben, noch mehr anwachsen.“

„Es ist schwer einzusehen, warum nach den Erklärungen STIMONS und auch nach der Bildung der Regierung von PAPAN zwischen Frankreich und England überhaupt Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten.“

Durch seinen bevollmächtigten Vertreter hat uns Amerika eindeutig wissen lassen, daß es auf keinen Fall bereit ist, auf seine Forderungen an Europa zu verzichten.

Deutschland seinerseits hat sich eine Regierung gegeben, von der wir vielleicht mehr als jeder andere

die Achtung der Verträge und Verpflichtungen fordern müssen, die sie freiwillig eingegangen sind. Nur um diesen Preis kann angesichts der mehr oder weniger beunruhigenden Erklärungen der neuen deutschen Minister ein Rest von Vertrauen zu den internationalen Beziehungen erhalten bleiben.“

„République“ (radikalsozialistisch, vom rechten Flügel der Partei):

„In Europa überstürzen sich die Umwälzungen. Marshall HINDENBURG ist — kaum, daß er wiedergewählt ist — nur noch der Präsident einer sterbenden Republik. Deutschland verweigert einmütig jede Form der Reparationen auch für die Zukunft und besteht darauf, trotz seines Ruins seinen Willen zur Wiederaufrüstung zu bekunden.“

Die Handlungsfreiheit der neuen (französischen) Regierung ist also in bezug auf äußere Angelegenheiten sehr begrenzt, und da die Geister vielleicht noch nicht reif genug sind, um — wie es eines Tages zur Abwehr der Katastrophe das einzige Mittel sein wird —

zugleich mutig und vernünftig zu handeln, so werden EDOUARD HERRIOT und PAUL-BONCOUR voraussichtlich die auswärtige Politik der vorübergehenden Regierung fortsetzen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie dadurch gewisse parlamentarische Kreise betrügen.“

Diese Aussprüche, die aus Kreisen der Sozialisten und des linken Bürgertums in Frankreich stammen, zeigen deutlich die Verantwortung aller noch nicht vom Nationalismus versuchten Deutschen, für die mutige und vernünftige Politik einer ehrlichen deutsch-französischen Verständigung einzutreten.

Wenn die Sozialisten in Deutschland den Nationalismus zum Teufel schicken, so wird das Echo aus Frankreich nicht ausbleiben!

Sprengung der Abrüstungs-Konferenz.

ei Genf, 14. Juni.
Ganz plötzlich ist der Luftfahrt Ausschuss, der seine Arbeiten über die qualitative Abrüstung ergebnislos abgeschlossen hatte, zusammengetreten, um über die französischen Vorschläge auf die Internationalisierung der Zivilluftfahrt zu verhandeln. Da dieser französische Vorschlag mit den Abrüstungsverhandlungen nicht unmittelbar in Verbindung steht, wird von vielen Seiten angenommen, daß diese plötzliche Einberufung des Luftfahrt Ausschusses nur den Stein darstellen soll, über den die ganze Abrüstungskonferenz schließlich stolpern wird. Diese Annahme ist gewiß nicht aus der Luft gegriffen — es läßt sich sehr wohl denken, daß die an einer Einigung verzweifelnden Delegierten sich auf diese Weise einen verhältnismäßig guten Abgang sichern wollen.

Das wäre ein würdiges Ende dieser unwürdigen Komödie!

Am 14. Juni trat nach längerer Unterbrechung das Präsidium der Abrüstungskonferenz unter dem Vorsitz HENDERSONS zusammen. HENDERSON eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er sich auf die seinerzeit angenommene Resolution des englischen Außenministers SIMON bezog, wonach die Konferenz zunächst über die Frage der Abschaffung der Angriffswaffen oder der Internationalisierung der Rüstungen zu entscheiden habe. Die eingesetzten technischen Ausschüsse seien jedoch im allgemeinen zu keinem praktischen Ergebnis gelangt, — abgesehen von dem für die chemischen und bakteriologischen Waffen. HENDERSON schlug schließlich vor, daß vorläufig keine weiteren Sitzungen des Hauptausschusses

stattfinden sollten, sondern daß die Delegierten unmittelbar in privaten Unterredungen eine Einigung suchen sollten.

HENDERSON machte dann Mitteilung von dem inzwischen eingegangenen Vorschlag der deutschen Abordnung über die

sogenannte qualitative Abrüstung. Dieser Vorschlag fordert entsprechend den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages die Abschaffung sämtlicher Tanks, Panzerautomobile, Befestigungen in einer Grenzzone von 15 Kilometern, des Artilleriematerials über 100 mm, von Panzerzügen, Großkampfschiffen über 10 000 Tonnen, Flugzeugmutter Schiffen, sämtlicher chemischen und bakteriologischen Kriegswaffen.

Den deutschen Vorschlag begrüßten der italienische Außenminister GRANDI und der österreichische Vertreter PFLUGL, während der englische und französische Vertreter eine formelle und höfliche Erklärung abgaben.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz nahm schließlich den HENDERSONSchen Vorschlag an, so daß also zunächst keine weiteren Sitzungen des Hauptausschusses stattfinden; es ist auch keine Frist für die Wiedereinberufung des Ausschusses angesetzt worden. Damit hat die Abrüstungskonferenz vorläufig ihre offiziellen Arbeiten eingestellt.

Man nimmt offenbar an, daß die Vertreter der führenden Großmächte sich auf der bevorstehenden Lausanner Konferenz zu einem Kompromiß entschließen, an dem vor allem die deutsche Regierung beteiligt sein wird. Die Verantwortung der Regierung PAPAN für die weitere Entwicklung der Abrüstungskonferenz liegt damit auf der Hand.

Vorbereitende Unterhaltungen in Genf.

Den ganzen Dienstag hindurch haben in Genf die leitenden Staatsmänner in mehr oder weniger großen Gruppen mit einander gefrühstückt, um die Lausanner Konferenz auf diesen inoffiziellen Treffen vorzubereiten. Die Deutschen sind an diesen Besprechungen nicht beteiligt worden. Es scheint, daß die angebliche Isolierung Frankreichs, auf die die deutschen Nationalisten voreilig getippt hatten, wieder wie so oft nur darin besteht, daß Deutschland sich von Frankreich isoliert hat und von allen anderen entscheidenden Mächten dazu.

Die Revolution in Chile.

Der frühere chilenische Diktator IBANEZ organisiert in Süd-Chile angeblich eine Gegenrevolution gegen die sozialistische Junta. Auch der soeben zum Rücktritt gezwungene Präsident der Junta, Dr. DAVILA soll an der Gegenrevolution beteiligt sein. Der neugewählte Präsident der Junta, MERINO, erklärte, daß er die ausländischen Interessen nicht antasten werde. Die Regierung selber ist in Schwierigkeiten gekommen, da Oberst GROVE mit den Kommunisten sympathisieren soll, während alle andern Regierungsmitglieder weniger radikal sind. Die über London eingehenden Meldungen berichten von großen Kundgebungen der Arbeiterschaft, die die sofortige Verwirklichung des Kommunismus verlangen.

Wie wir der kommunistischen „Internationalen Presse-Korrespondenz“ entnehmen, sind die Möglichkeiten für eine kommunistische Revolution allerdings ziemlich unzulänglich, da die kommunistische Partei zur Organisation des Aufstandes bei weitem nicht stark genug ist.

Generalstreik in Argentinien.

Die Arbeiter beschlossen am Montag einen 24 stündigen Generalstreik, der am Dienstag beginnen soll. Die Gewerkschaften hoffen, für die Dauer des Streiks den Verkehr im ganzen Lande lahmlegen zu können. Als Grund für den Streik wird das langsame Arbeiten der Behörden in der Provinz Buenos Aires bei der Beilegung von Arbeits- und Lohnstreitigkeiten angegeben.

Zehn Personen getötet wurden bei einem schweren Zusammenstoß zwischen Indern und englischen Truppen; auch ein englischer Hauptmann ist getötet worden.

Die Besetzung der Mandschurei durch die Japaner schreitet fort: Auf Veranlassung des japanischen Kriegsministers sind neue Truppen nach Tschangtschun, Kirin und Charbin geschickt worden.

Am Dienstag gab es in Tokio eine weitere Veranstaltung der Russisch-japanischen Gesellschaft zur Förderung der gegenseitigen Beziehungen, auf der von japanischer Seite u. a. anwesend waren: der Ministerpräsident (SAITO), der Chef des Generalstabes (KANIN) und Admiral KATO. Von russischer Seite waren u. a. erschienen: die Beamten der russischen Botschaft mit dem Botschafter selber. In der Sitzung wurden in englischer Sprache Reden über den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten gehalten.

Der griechische Gesandte in Washington ist beauftragt worden, der Regierung der Vereinigten Staaten mitzuteilen, daß Griechenland infolge der schweren Krise und wegen der Unmöglichkeit der Devisenbeschaffung gezwungen ist, die Zahlung seiner Kriegsschulden an Amerika, unabhängig von den kommenden Entscheidungen in Lausanne, am 1. Juli einzustellen.

Trauriges, aber verdientes Ende eines Kampfes.

k Paris, 14. Juni.
In Narbonne ereignete sich gelegentlich eines Stierkampfes ein schwerer Unglücksfall, der einem jungen Stierkämpfer fast das Leben kostete. Das wütend gemachte Tier stürzte sich auf ihn und brachte ihm eine schwere Schulterverletzung bei. Trotz der heftigen Schmerzen und des starken Blutverlustes setzte der Stierkämpfer seinen Kampf fort und es gelang ihm schließlich, den Stier abzustecken. Dann brach er ohnmächtig zusammen. Die Aerzte erklärten den Zustand des Verletzten für besorgniserregend.

Fast tut es einem leid, daß der Stier nicht erfolgreicher gewesen ist; denn warum soll der Kampf immer mit dem „Abstecken“ des Stiers enden? Vielleicht hörte diese Kulturschande eher auf, wenn häufig der Stier Sieger bliebe.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Nach seiner Rückkehr übernimmt der Prinz den Vorsitz wieder und führt die Verhandlungen.
Ludendorff spricht zur Antwortnote an Wilson:
... ich habe den Eindruck, ehe wir Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feind sagen: „Erkämpft euch solche Bedingungen!“

„Wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?“
„Schlechtere gibt es nicht!“
„O ja, sie brechen in Deutschland ein...“
„So weit sind wir noch nicht!“

Jetzt steht der Staatssekretär Dr. Solf auf:
„Ich habe den Reichskanzler verantwortlich zu beraten. Zu Anfang dieses Monats ist die politische Leitung des Reiches von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden, die Gegner um Waffenstillstand zu bitten. Jetzt ist die Antwort Wilsons gekommen und sofort ändert sich das Bild, so daß wir die Lage noch halten können, ja, daß wir sogar viel besser dastehen als bisher. Davor stehe ich wie vor einem Rätsel. Was ist der wirkliche Grund, weshalb geht jetzt, was vorher für unmöglich erklärt worden war?“

Ludendorff verlangt immer wieder dasselbe:
Menschen!
Menschen!
Das letzte Aufgebot!
Jahrgang 1901 muß eingezogen werden!
Der Kriegsminister muß das Land, die Etappe, die Industrien noch einmal durchkämmen!

Der Reichskanzler bemüht sich, die Tatsachen zusammenzufassen. Immer wieder horcht er erstaunt auf, wenn der General Ludendorff sich in unbestimmten Redewendungen ergreift: „Wenn die Armee... man darf... ich hoffe... Soldatenglück... Schicksal... es besteht die Möglichkeit, aber wir brauchen nicht damit zu rechnen, sonst machen wir uns

noch mehr Angst... Die Kriegsmüdigkeit in Italien... dazu kommt, daß die Amerikaner starke Grippe haben... bis nächstes Frühjahr werden wir weiter sein...“

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden resümiert:
Das ist nicht der Rechenschaftsbericht des verantwortlichen Feldherrn vor der verantwortlichen Regierung, sondern Stimmungsmache. Ein Umschwung zu unseren Gunsten ist ausgeschlossen. Die Ueberlegenheit an Menschen und Material ist bei den Gegnern. Der Notenwechsel mit Wilson muß weiterlaufen. Kommen aber entehrende Waffenstillstandsbedingungen, dann muß zur letzten Verteidigung aufgerufen werden. Aber diesen letzten Verzweigungskampf darf nicht der General Ludendorff leiten!

Prinz Max steht auf:
„Ist zu den Fragen, die wir an Exzellenz Ludendorff zu stellen hatten, noch etwas zu bemerken?“
Es meldet sich niemand.
„Dann schließe ich die Debatte!“
Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max von Baden ist der vierte Kriegskanzler.

Der erste Kanzler mußte gehen, weil er den Militaristen „zu schlapp“ war, der zweite, weil er die Forderungen der Obersten Heeresleitung nicht mit der zunehmenden Kriegsmüdigkeit des Volkes in Übereinstimmung bringen konnte, der dritte nahm als todkranker Mann seinen Abschied, als die deutsche Armee schon in vollem Rückzug war.

Prinz Max wurde berufen, nachdem die Oberste Heeresleitung schon beschlossen hatte, die 14 Punkte des Präsidenten Wilson anzunehmen und ihn um Vermittlung des Waffenstillstandes zu bitten. Der Prinz schien der OHL. geeignet sowohl für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Gegnern als auch für die Ueberleitung der inneren Politik in den Friedenszustand. Am aktiven Kriegsdienst hatte er kaum teilgenommen. Seit 1914 leitete er die Gefangenensfürsorge und wirkte für eine humane Durchführung der Kriegsgefangenschaft. Für die in Frankreich und Rußland internierten kriegsgefangenen deutschen Soldaten appellierte er immer wieder, und manchmal erfolgreich, an einflußreiche Männer und an das Gewissen einflußreicher Frauen des Auslandes; für die großen Kontingente deutscher Kriegsgefangener an der Murmanküste verwendete er

sich bei seinen Cousins, der Königin von Schweden und der Großfürstin Elisabeth, auch versuchte er Einfluß auf die Kaiserinmutter in Rußland zu nehmen. „Der Geist des Roten Kreuzes gehört zur Truppe wie der Offensivgeist.“ „Wer einem wehrlosen Feind den Pardon versagt, ist ebenso ein Verräter, wie derjenige, der nicht alles zur Niederwerfung des kämpfenden Feindes unternimmt.“ Diese und ähnliche Aussprüche waren auch im Ausland bekannt geworden und sicherten dem Prinzen den Namen eines Philanthropen. Und seine liberale Gesinnung machte ihn dem eigenen Volk gegenüber tragbar, nachdem das Reich schon in allen Fugen zu krachen begann.

Prinz Max ist als Thronfolger des Großherzogtums Baden nicht nur ein künftiger Monarch, er ist auch Monarchist. Trotzdem bekennt er sich zum demokratischen Prinzip. Beide Regierungsformen scheinen ihm gut miteinander vereinbar: „Der Aristokratismus ist das Salz des Demokratismus!“

Prinz Max ist Aristokrat, Demokrat, Christ.
Doch wie sein Demokratismus aristokratisch, so ist sein Christentum imperialistisch gesalzen. Er befrwortet ein praktisches Christentum, das dem Starken die Pflicht auferlegt, die Rechte der Menschheit zu wahren. Die von ihm im dritten Kriegsjahr verfaßte Denkschrift „Der ethische Imperialismus“ sollte dem „deutschen Schwert den deutschen Geist geben, mit dem die Alldeutschen dann Weiteroberungen machen dürfen, soviel sie wollen!“ Die Richterhaltung der Feinde nennt er „heidnisch“, und er fühlt das Bedürfnis, sie auf die Bergpredigt zu verweisen. In der eigenen Politik bekennt er sich zu dem Bibelwort: „Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit!“

1914 galt die kaiserliche Parole:
„Jetzt werden wir sie dreschen!“

Auch in den Jahren 1915 bis 1917 waren die außenpolitischen Ziele noch nicht so „verinnerlicht“. Damals waren noch andere Losungen in Geltung. Die Junker verlangten den Osten als neues deutsches Bauernland. Thyssen, Stinnes, Krupp beanspruchten die Erzbecken von Longwy und Briey für die deutsche Wirtschaft. Die Generale forderten Belgien als Faustpfand und Antwerpen als Brückenkopf gegen England.

(Fortsetzung folgt.)

Der Wettlauf der reaktionären Gruppen.

Der Regierungsapparat der NS.

Hk. Im Lager des Klassegegners sind gegenwärtig von besonderem Interesse: 1. der Konkurrenzkampf der Gruppe um SCHLEICHER-PAPEN mit den NS um die Macht; 2. die Gegensätze zwischen der Reichsregierung und den Süddeutschen, besonders der bayerischen Regierung und der Bayerischen Volkspartei.

Die NS haben einen demonstrativen Schritt getan, um öffentlich zu zeigen, daß sie organisatorisch auf die Übernahme des Staatsapparats vorbereitet sind. STRASSER, als Organisationsleiter der NSDAP, hat einige Veränderungen im Apparat vorgenommen, die an sich nicht sehr erheblich sind. Auffällig ist aber die große Aufmachung, in der der Plan des nationalsozialistischen Organisationsapparats, so wie er nach den Änderungen aussieht, der Presse übergeben wird. Die HUGENBERGSche Telegraphen-Union bringt den neuen Plan ausführlich unter der Überschrift: „Die Ausführungsbestimmungen des Reichsorganisationsleiters...“; dem wird in der Aufmachung eine Bedeutung beigemessen wie etwa einer Notverordnung einer amtierenden Regierung.

Ueber den Plan im ganzen ist zu sagen, daß jede Stelle des Staatsapparats, jedes Ministerium, jedes Unter-Ressort, jede Provinzial- und jede Landesregierung ihr Abbild in einer entsprechenden Stelle des NS-Apparats hat. Auch die Ministerkandidaten sind als Chefs der entsprechenden Stellen namentlich genannt. Zwei Namen sind besonders interessant: an der Spitze der beiden „Reichsinspektionen“, in die das Gesamtgebiet des Deutschen Reiches und Oesterreichs aufgeteilt ist, stehen der Oberleutnant SCHULZ und LEY, der Organisator des Ueberfalles auf WELS;

diese beiden Organisatoren des Mordes sind also auszuersuchen etwa als Chefs der Polizei des Reichs.

Diese Demonstration an die Öffentlichkeit: „Wir sind bereit!“ erscheint am Vorabend der Aufhebung des SA-Verbots.

Ueber die Aufhebung des SA-Verbots hat am Montag Herr VON PAPEN mit HITLER und dem Hauptmann GÖRING verhandelt.

Um zu ermitteln, wie weitgehend die Regierung sich bereits dem Wohlwollen der NS empfiehlt, braucht man sich nur einmal zu fragen, ob THÄLMANN z. B. die Möglichkeit hat, mit Herrn VON PAPEN über die Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes sich zu unterhalten.

Im Augenblick haben die NS es besonders auf das Eindringen in den Arbeitsdienst

abgesehen. Die Frage des Arbeitsdienstes wurde ebenfalls in der Unterredung mit Herrn VON PAPEN besprochen. Und sie ist der Anlaß für die Organisationsänderung bei den NS gewesen: der Oberst HIERL sollte von seiner bisherigen

Funktion in der NSDAP freigemacht werden, „da er seine ganze Arbeitskraft der Arbeitsdienstpflicht und ihrem Aufbau widmen will“. Auf diesem Gebiet zunächst scheinen die NS eine Zusammenarbeit mit der Regierung anzustreben. Es ist bemerkenswert, daß das Beiwort „freiwillig“ weder in den Erklärungen der NS über Arbeitsdienst, noch in der kurzen Mitteilung über den Inhalt der Unterhaltung PAPEN-HITLER auftritt.

Die süddeutschen Opponenten

gehen mit erfreulicher Entschiedenheit ihre eigenen Wege: die bayerischen und württembergischen Rundfunk-Ueberwachungsausschüsse haben die Uebertragung der STRASSER-Rede am Dienstag verboten.

Nicht alles ist jedoch an der süddeutschen Opposition so erfrischend wie dies. So hat eben wieder ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei, HUNDHAMMER, der stellvertretende Generalsekretär der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, eine

Rede für die Wiedereinrichtung der Monarchie in Bayern gehalten. Er hält offensichtlich an der Reichsverfassung besonders den Artikel 17 für reformbedürftig. Der lautet:

„Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung...“

HUNDHAMMER führte aus: Bayern werde bei der jetzt akut werdenden (wodurch eigentlich? Red.) Frage der Aenderung der Reichsverfassung die Forderung anmelden, daß die Bindung der Länder in ihrer Verfassung an die Staatsform des Reiches gelöst werde. Damit sei noch nicht entschieden, wie die Verfassungen der Einzelstaaten sich gestalten werden. In Bayern hätten aber weite Kreise die Auffassung, daß man einen einmal abgelegten Treueschwur halten müsse in dem Augenblick, wo sich die Möglichkeit ergibt, zu dem Treueschwur zu stehen und wo es im Interesse des Volksganzen zweckmäßig sei. Bei der zwangsläufig kommenden Umgestaltung der Reichsverfassung trete ein historischer Augenblick ein, in dem die Frage endgültig entschieden werde, ob die Wiedereinführung einer monarchischen Staatsform kommen kann oder nicht.

Bayern ist also auf dem Wege, den Widerspruch, der im Wesen der Demokratie (des Prinzips der Mehrheitsentscheidung) liegt,

in seiner praktischen Konsequenz anschaulich vor Augen zu führen: es schiebt sich an, auf dem Wege demokratischer Entscheidung die Demokratie zu liquidieren.

Die Notverordnung über die Aufhebung des SA-Verbots wird nicht vor Donnerstag herauskommen.

Viele Nazis überfallen einen Juden. Die Polizei toleriert.

H. Sch. Am Dienstag nachmittag gegen 16 Uhr wurde in Berlin am Kurfürstendamm, Ecke Wielandstraße, ein Verkäufer der Ullstein-Presse, ein schwächlicher Jude, von einer Horde NS (mehr als einen Dutzend) überfallen und zu Boden geschlagen. Ein anderer Zeitungsverkäufer, der sich in der Nähe aufhielt und die Hilferufe seines Kollegen hörte, sprang über die Schutzgitter der Straßenbahngleise und lief auf die andere Seite der Straße zu zwei Schutzpolizisten, die dort standen und stehen blieben, obwohl sie die Rufe hören mußten. Auf die Aufforderung, dem Ueberfallenen zu Hilfe zu kommen, sagten sie etwa: „Das hat doch keinen Zweck;

bis wir herüberkommen, sind die schon längst weg!“ Darauf der Kollege des überfallenen Verkäufers: „Dann können Sie sie immer noch mit einer Taxe verfolgen!“ Die Polizeibeamten blieben aber bei ihrer Ablehnung; nicht nur das: sie wiesen den Lästigen darauf hin, daß er „von Rechts wegen jetzt eine Anzeige bekommen müßte“, weil er die Schutzgitter der Straßenbahn unbefugter Weise überschritten hätte!

Wir hoffen — vorausgesetzt, daß diese Darstellung genau stimmt —, daß der Berliner Polizeipräsident gegen so grobe Pflichtverletzung der Beamten vorgeht und Maßnahmen trifft, die die Öffentlichkeit beruhigen. Wir wollen wissen, ob wir an der Polizei einen Schutz gegen die Gefahren der nächsten Tage haben oder nicht!

Kuhle Wampe.

Der lange umstrittene, eine Weile lang sogar verboten gewesene Film darf nun also laufen. Freilich ist dies wohl mißverständlich; denn der verbotene Film ist sicher verboten geblieben. Was jetzt unter diesem Namen läuft, hat sicher keinen Grund mehr gegeben zum Verbot.

In der Tatsache der Herumschnippselei an den Filmen durch irgend einen dazu bestellten Beamten oder berufsmäßigen Anstoßnehmer drückt sich symbolisch unser Zeiten Schande aus: Ein bevormundetes Volk, dem irgend ein „Rat“ sagt, was künstlerisch ist und was nicht, dem irgend ein Polizist sagt, was die „öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören geeignet ist“, und dem irgend ein Schwarzrock sagt, was Gottes Willen ist. Alle diese Vormünder sind dabei, den Geist zu produzieren, besser: zu züchten, der heute das Feld beherrscht: Den Geist der Knechtseligkeit.

Es ist dem Film anzusehen, daß an ihm herumgedoktert worden ist. Ganze Stellen fehlen offenbar, sodaß es auch stört. Es hat sich manches herumgesprochen, was alles Anstoß erregt haben soll bei der Prüfung. Unter anderem soll es einen Kirchenbetruher verletzt haben, daß einige Männer nackt baden gehen wollten, und daß man zugleich mit diesen Revolutionären auch einen Kirchturm sehen konnte. Wenn schon solche Begebenheiten die Prüfungsstelle verschluckten, dann kann man sich denken, daß man aus dem Verbot des Films nicht auf seinen „gefährlichen Charakter“ schließen darf.

In der Tat fehlt ihm bei weitem das starke anfeuernde Element, das wir etwa aus dem Potemkin-Film kennen oder aus dem Film „Kameradschaft“.

Es handelt sich bei diesem Film um einen außerordentlich geschickt und geschmackvoll inszenierten und dargestellten Stoff, der seiner ganzen Natur nach für eine künstlerische Bearbeitung geeignet ist und schon in seiner

bloßen zusammengezogenen Darstellung in reifen und unverbogenen Menschen Entschlüsse wachsen zu lassen imstande ist.

Es ist das Bild des Elends und der kulturlosen Spießerei auf der einen Seite, das uns in Gestalt von Selbstmorden verzweifelter Arbeitsloser und Verlobungsaufgelagen eindringlich vor Augen geführt wird. Es ist auf der andern Seite der gelungene Hinweis auf die Kraft der Solidarität und ihre anfeuernde Wirkung auf den Einzelnen. Der Schluß: Die Welt muß geändert werden. Wer wird sie ändern? Nicht die, denen sie gefällt. Es bleiben also nur die andern übrig; die, denen sie nicht gefällt.

Man vermißt trotz dieses zündenden Schlusses in dem Film einen Hinweis darauf, daß es nicht genügt, zu denen zu gehören, denen die Welt nicht gefällt. Der Unterschied zwischen verärgelter Unzufriedenheit und klassenbewußter Auflehnung fehlt oder ist jedenfalls nur unbedeutend erwähnt — wie allerdings in den meisten revolutionären Kunstwerken. Das ist sicher kein Zufall, denn der größte Teil der revolutionären Künstler ist leider mit seiner berechtigten Ablehnung des kitschig-süßlichen Kunsthandwerks mit dem ständigen Ende gut — alles gut über das Ziel hinausgeschossen, alles individuell Heroische und persönlich Große aus der künstlerischen Darstellung damit verbannend zu Gunsten des ehernen geschichtlichen Gesetzes folgenden Kollektivs der Arbeitermassen. Eine befriedigende Lösung der Aufgabe proletarischer Kunst, das heißt einer Kunst, die nicht bloß bessere Reklametechnik für den Klassenkampf ist, sondern Erziehung, Bildung und Erbauung für den Klassenkämpfer bedeutet, ist bisher nur in sehr seltenen Ausnahmen gelungen — in dem Kuhle Wampe-Film gewiß nicht am besten.

Wir wollen hier nicht ungerecht sein. Eine so junge Kunst wie die proletarische braucht gerade in ihrer allgemeinen Gärung und Unfertigkeit völlige Freiheit zum Schaffen, damit sich in wirklich ungehinderter Tätigkeit eine solche Kunst erst bilden kann. Die Angst vor dem brutalen Zugriff einer bigotten und rücksichtslos reak-

Stegerwald in Opposition.

P. St. In einer Wahlversammlung des Zentrums sprach in Offenbach in Hessen der Arbeitsminister a. D. STEGERWALD.

Die größte soziale Tat der BRÜNING-Regierung sei, daß sie die Währung gehalten habe. Demgegenüber seien, so drückte sich der nun arbeitslose Arbeitsminister aus, alle anderen Dinge, selbst die Lohnkürzungen nur Bagatellen. Auch sozialpolitisch sei nichts zerschlagen, es hätte in der Sozialversicherung keinen Abbau der Einrichtungen, nur der Leistungen gegeben. STEGERWALD wollte, wie er früher und auch heute sagte, den „Kern“ der Sozialversicherung hinüberretten. Seine Arbeit, in der ihn der Sturz des Kabinetts gestört habe, hätte einer umfassenden Reform der Sozialversicherung gegolten, die gegenwärtig stark bürokratisiert sei. Das öffentliche Leben sei überhaupt zu verbeamtet, mechanisiert, es müsse wieder mehr ehrenamtlich gemacht werden.

Heute stehen wir vor der Gefahr der Staatsumwälzung nach rechts. Das sei, so meinte er, die Reaktion darauf, daß wir „die Demokratie auf die Spitze getrieben“ haben.

Mit Heftigkeit und Schärfe wendet er sich dann gegen die neue Regierung: „Mit Vornehmheit und Solidität hat die Art, wie die Regierung von PAPEN sich eingeführt hat, nichts zu tun. Der Berliner Herrenklub, die ostelbischen Grundbesitzer, die Fürsten und Generale, denen alles Katholische ein Grödel ist, die BRÜNING keinen Erfolg in der Außenpolitik gönnen, die die Arbeiter zu Kulis degradieren, die den alten Kastenstaat wieder aufrichten wollen — jene Kreise sind vom Christentum so weit entfernt wie die Sonne von der Erde.“

„Ich habe es abgelehnt, die Arbeitslosenversicherung restlos zerschlagen zu lassen. Ja“ — so beklagt es sich — „solange ich Lohnsenkungspolitik machte, war ich den Arbeitgebern ein lieber Kerl. Ich habe es abgelehnt, die Siedlung den ostelbischen Großgrundbesitzern zu überantworten. Mir wurde nachgesagt, ich triebe Siedlungsbolschewismus... Die antisozialen Pläne der neuen Regierung werden ihr von mir nicht leicht gemacht.“

STEGERWALD weist dann darauf hin, daß von PAPEN schon in den letzten Tagen in manchen Dingen die vorausgegangene Regierung günstiger beurteile als anfänglich, ein Erfolg ihrer Erklärungen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Neukölln: Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr, im Restaurant Boß, Allerstr. 40, Ecke Weisstraße. Thema: Das Ende der Demokratie — was sollen wir tun?

Essen: Donnerstag, den 16. Juni, 20 Uhr, bei Kulbrock, Beuststr. 49. Thema: Was steht bei der kommenden Reichstagswahl auf dem Spiel? Ist ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die Reaktion möglich?

Hann.-Münden: Sonntag, den 19. Juni, vormittags 9.30 Uhr, im Gasthaus „Jagdhaus Hormannshagen“ (Alb. HEUDE). Thema: Sozialismus und Vegetarismus. Treffpunkt zum gemeinsamen Waldspaziergang zum Jagdhaus 7.45 Uhr beim Arbeitsamt Blume.

Freie Aussprache Eintritt frei

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Freitag, den 17. Juni, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24 (Eingang durchs Restaurant). Thema: Zur Inflationsgefahr: Was lehrt das englische Beispiel? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplatt. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

tionären Zensur bedeutet natürlich für einen jungen Künstler halb und halb das Todesurteil. Daß sich diese Kunst trotz ihrer Feinde wenigstens zu sehr beachtlichen Erscheinungen durchgerungen hat, spricht gewiß für sie.

Die Darsteller des Films sind sehr gut ausgewählt.

Solche Filme sind vor allem deshalb ein geradezu bedeutender Lichtblick in dem Filmwerk der Gegenwart, weil die anderen Filme beinahe in ihrer Gesamtheit das gerade Gegenteil davon sind. Man hätte es gewiß vor einiger Zeit nicht für möglich gehalten, wie weit die Filmkunst absinken könnte zu einer Tiefe, die an Banauenhafte, inhaltslosigkeit und Beziehungslosigkeit zu allen guten und schlechten Dingen die gute Frau Courths-Mahler bei weitem überbietet. Daß in den meisten dieser scheußlichen Machwerke beachtliche und sogar bedeutende und sehr bedeutende Künstler mitwirken, macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer. Es ist sicher auch ein Zeichen der Zeit, Künstler von gutem Können und Namen in Soldatenposen, die vor Albernheit strotzen oder in verfilmten Hintertreppen-Romanen auftreten und damit diesen Nichtigkeiten ein künstliches Leben einblasen zu sehen.

Herrn von GAYLS Absichten auf Beseitigung „des un-deutschen Einflusses auf Lichtspiel und Theater“ eröffnen noch nette Aussichten für die Zukunft; denn jedes auch nur halbwegs revolutionäre Stück ist nach der Meinung jener ewigdeutschen Philister entweder jüdisch oder bolschewistisch. Deutsch sind allein die Posen vom Rhein und die vom Herrn Leutnant, dem schönsten Mann im Staat.

Gegen solche Kunstwerke wie Herrn von GAYL müssen sich nicht nur die Kunstgenießer, sondern auch die Künstler selber zur Wehr setzen. Ein Volk, dessen Bildung künstlich so niedrig gehalten wird, daß es durch die heute gebotenen Durchschnittskunstwerke seinen Geschmack nicht verletzt fühlt, und sogar Zufriedenheit äußert, ein solches Volk verliert auf die Dauer überhaupt alle Beziehungen zu einer wahrhaften Kunst und damit jede Möglichkeit des positiven Ausbaues seiner Bildung überhaupt.

Willi Eichler.

Papen verordnet Geschenke und Not.

So freundlich formuliert die Regierungskundgebung zur Notverordnung ist, so offen zeigt der Inhalt der Notverordnung das brutale Klassengesicht der Junkerregierung. Lediglich die Kapital-Ueberschriften sind noch zahn und annehmbar. Was in den Kapiteln steht, kann man in der Hauptsache übersichtlich in folgenden Abschnitten zusammenfassen:

1. Geschenke an die Junker.

In der „Notverordnung auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung“ wird bestimmt: Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 war die Möglichkeit der einstweiligen Einstellung der Zwangsversteigerung von Grundbesitz nur einmal auf die Dauer von höchstens 6 Monaten zugelassen. Die einstweilige Einstellung kann künftig auf ein weiteres halbes Jahr erneut angeordnet werden; dabei braucht an diejenigen Gläubiger, deren Forderungen hinter den ersten sieben Zehnteln des Grundstückswertes stehen, nicht einmal Zins gezahlt zu werden; für die übrigen Forderungen soll das allerdings „grundsätzlich“ zur Bedingung der einstweiligen Einstellung gemacht werden.

Diese bei Einstellung der Zwangsvollstreckung vorgesehenen Zinsauflagen sind zwecks „Sicherung der Ernte“ für die Zeit bis zum 30. Dezember 1932 unzulässig, wenn es sich um landwirtschaftliche Grundstücke handelt.

Milchgeldforderungen der Landwirte für die Zeit bis zum 30. September 1932 werden unter gewissen Sicherungen dem Zugriff der Gläubiger entzogen. (Mit anderen Worten: Den Landwirten soll eine laufende Einnahme gesichert werden.)

Als Geschenk an die Junker müssen wir bei der Lage der Dinge leider mindestens teilweise betrachten die folgenden Beträge, die die Reichsregierung auf der Ausgabenseite neu eingestellt hat:

50 Millionen Mark für landwirtschaftliche Siedlung,
20 Millionen Mark für freiwilligen Arbeitsdienst.

Denn die Siedlung hat den Zweck, die Güterpreise im Osten möglichst hoch zu halten; der freiwillige Arbeitsdienst hat unter anderem den Zweck, für die Junker Straßen zu bauen.

Im Reichsanzeiger werden gleichzeitig mit der Notverordnung „Maßnahmen zum Schutze der Forstwirtschaft“ veröffentlicht. Der Zoll für schwächeres und weiches Rundholz (das für Dachbalken, Grubenholz, Eisenbahnschwellen, Telegraphenstangen u. s. w. verwandt wird) wird von 12 Pfennig auf 40 Pfennig für den Doppelzentner erhöht. Entsprechende Zollerhöhungen werden vorgenommen für beschlagenes Rundholz und Eisenbahnschwellen. Brennholz war bisher zollfrei; nunmehr wird der Doppelzentner mit 40 Pfennig verzollt. (Zum Verständnis: den deutschen Großgrundbesitzern gehören 3,3 Millionen Hektar Privatforsten.)

2. Geschenke an die Großindustrie.

Nach dem Industrie-Bankgesetz vom 31. März 1931 hätten für das laufende Rechnungsjahr 200 Millionen Mark erhoben werden müssen, und zwar von Unternehmern mit mehr als 500 000 Mark Vermögen. Dieser Betrag sollte folgendermaßen verwendet werden:

80 Millionen Mark für den Reichshaushalt,
90 Millionen Mark für die Osthilfe,
30 Millionen Mark für gewerbliche Kredite.

Der aufzubringende Betrag wird halbiert; die Freigrenze bleibt 500 000 Mark. Der Ertrag soll folgendermaßen verteilt werden:

40 Millionen Mark für den Reichshaushalt,
45 Millionen Mark für die Osthilfe,
15 Millionen Mark für gewerbliche Kredite.

Ein Geschenk an die Schwerindustriellen sind folgende Beträge, die von der Reichsregierung auf der Ausgabenseite neu eingestellt werden:

33 Millionen Mark für Befreiung der Untertagearbeiter von der Arbeitslosenversicherung,
25 Millionen Mark für die knappschaftliche Pensionsversicherung.

Diese Beträge aufzubringen, wäre eigentlich Sache der Arbeitgeber; die Reichsregierung nimmt ihnen die Bezahlung ab.

3. Geschenke an die Kirche.

Nach der derzeitigen Rechtsprechung ist bei der Beitreibung direkter Steuern der Arbeits- und Dienstlohn nur insoweit pfändbar, als er die Pfändungsgrenze übersteigt. — Nunmehr wird die Reichsabgabenordnung dahin geändert, daß der Arbeits- und Dienstlohn unbeschränkt pfändbar ist, soweit es sich um die Beitreibung direkter persönlicher Steuern aus den letztvergangenen drei Monaten handelt. Diese Bestimmung ist wichtig nur für die Kirchensteuer, da die Lohnsteuer ja vom Arbeitgeber an den Staat abgeführt wird. — Die amtliche Erläuterung sagt zu dieser Bestimmung auch ganz offen: „Damit wird einem Wunsche Rechnung getragen, den die zuständigen kirchlichen Stellen geäußert haben und dem der Reichsrat sich angeschlossen hat.“ (Die Pfändungsgrenze wird von 195 Mark monatlich auf 165 Mark herabgesetzt.)

4. Maßnahmen zur Erhaltung der „Sozialversicherung“

Die Notverordnung führt die Leistungen im allgemeinen auf den Stand von 1927 zurück. Sie kürzt in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung die alten Renten um 6 M bei den Invaliden, 5 M bei den Witwen und 4 M bei den Waisen für den Monat und mindert für die neuen Renten den Grundbetrag um 7 M und den Kinderzuschuß um 2,50 M im Monat. Der Anteil der Witwen- und Waisenrenten an der Hauptrente — bisher $\frac{9}{10}$ und $\frac{5}{10}$ — wird auf $\frac{7}{10}$ und $\frac{4}{10}$ herabgesetzt. Die Renten aus den Unfällen aus den Jahren 1927/1931 werden um 15 Prozent gekürzt. Die übrigen Unfallrenten werden nur um $\frac{7}{10}$ Prozent gekürzt.

5. Die Kriegsinvaliden.

Auf Verlangen von HINDENBURG ist die Kürzung der Kriegsentrenten gegenüber BRÜNNINGS Entwurf gemildert worden. Doch werden die Renten der kinderlosen Leichtbeschädigten um 20 Prozent gekürzt.

6. Die Arbeitslosen.

Unter der gleichnerischen Ueberschrift: „Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden“ heißt es in den amtlichen Erläuterungen: Wenn es bei der bisherigen Regelung der Arbeitslosenhilfe bliebe, so würde der Gesamtaufwand im laufenden Rechnungsjahr 3557 Millionen Mark betragen; das

sei rund eine halbe Milliarde Mark mehr als im Vorjahr. Dieser Mehrbetrag müsse auf der Ausgabenseite eingespart werden. Das soll geschehen zum Teil durch eine Verschiebung und Ausscheidung von Unterstützungsempfängern. Die erhoffte Aenderung ergibt sich aus der folgenden Tabelle über den Jahresdurchschnitt der Arbeitslosen:

	nach der jetzigen Rechtslage	nach der vorgesehenen Neuregelung
1. In der Arbeitslosenversicherung (Alu)	1 250 000	1 170 000
2. In der Krisenfürsorge (Kru)	1 800 000	1 745 000
3. In der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge (Wolu)	2 150 000	2 150 000
4. Nichtunterstützte	750 000	885 000
Arbeitslose	5 950 000	5 950 000

Die erwähnte halbe Milliarde Mark soll insgesamt auf folgendem Wege eingespart werden:

1. In der Alu sollen die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23 Prozent gesenkt und die Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen eingeführt werden, das ergibt eine Ersparnis von $150 + 38 = \dots \dots \dots$ 188 Millionen Mark
2. In der Kru sollen

a) unbeschränkt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt und außerdem die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt werden. Ersparnis $28 + 89 = \dots \dots \dots$ 117 Millionen Mark
b) die um 15 Prozent gesenkten Wohlfahrtssätze als Höchstsätze eingeführt werden. Ersparnis 67 Millionen Mark

3. In der Wolu werden die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 15 Prozent gesenkt werden müssen. Ersparnis 148 Millionen Mark

Nettoersparnis zusammen also: 520 Millionen Mark

7. Die Beschäftigten.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger (auch Ruhegeldempfänger) sollen für die Zeit vom 1. Juli 1932 bis zum 31. Mai 1933 an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die folgende Abgabe bezahlen:

Bei einem Arbeitsentgelt	
bis zu 125 M monatlich	1,5 Prozent
bis zu 300 M monatlich	2,5 Prozent
300 bis 700 M monatlich	
für die ersten 300 M	2,5 Prozent
für die weiteren Beträge	3,75 Prozent
700 bis 3000 M monatlich	5,75 Prozent
über 3000 M monatlich	6,5 Prozent

Die Krisenlohnsteuer fällt dafür mit Wirkung vom 1. Juli 1932 fort.

Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reichs, der Länder und Gemeinde zahlen $\frac{1}{2}$ Prozent.

8. Sonstige Belastungen.

Die Salzsteuer, die am 31. März 1926 aufgehoben worden ist, wird mit Wirkung vom 16. Juli 1932 ab wieder eingeführt. Sie beträgt 12 Pfennig pro Kilo. Der Jahresertrag wird auf 70 Millionen Mark geschätzt.

Die Freigrenze bei der Umsatzsteuer, die jetzt 5000 M beträgt, wird beseitigt. Das heißt: die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Personen verdoppelt sich. Die Regierung schätzt, dadurch 100 Millionen Mark Steuer mehr einzubringen (eine Schätzung der Erhebungskosten fehlt; sie sind am Ende nicht sehr viel geringer!).

Massenbelastung:	Millionen Mark
Kürzung der Erwerbslosenunterstützungen	520
Kürzung anderer Sozialleistungen	300
Kürzung der Kriegsentrenten	45
Salzsteuer	70
Aufhebung der Freigrenze für Umsatzsteuer	100
Abgabe der Lohn- und Gehaltsempfänger	400
Belastung insgesamt:	1 435

Entlastung der Besitzenden:	
Halbierung der Industriebelastung	100
Hiervon ab: Krisensteuer für veranlagte Einkommen	45
Entlastung insgesamt:	55

Entlastung des Großgrundbesitzes . . „unschätzbar“.

Nach allem Unfug „Arbeitsbeschaffung“.

Zu diesem wichtigen Gegenstand weiß die Regierung nichts als Phrasen zu sagen, wie die folgenden:

„In Uebereinstimmung mit weiten Kreisen des Volkes empfindet es die Reichsregierung als unbefriedigend, daß dem weitaus überwiegenden Teil des großen Heeres der Arbeitslosen Hilfe nur auf dem Wege der Unterstützung gewährt werden kann. Sie versteht ihren dringenden Wunsch, anstatt der Unterstützung Arbeit zu erhalten. Ihr ist die Lösung dieses Problems eine der vordringlichsten des ganzen öffentlichen und privaten Lebens.“

In der amtlichen Erläuterung folgt ein Hinweis auf die bedrängte Lage der öffentlichen Finanzen, „den Rahmen beschränkter Möglichkeiten“.

Dem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes wird die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden; er soll auf „zusätzliche“ Arbeiten beschränkt bleiben. Bei Notstandsarbeiten und freiwilligem Arbeitsdienst sollen die Kosten, insbesondere die baren Aufwendungen, möglichst niedrig gehalten werden.

Von der Prämienanleihe, die der Reichstag bereits bewilligt hatte, ist nicht mehr die Rede.

Der Hinweis auf „Gestaltung der Arbeitszeit, um weitere Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose zu finden, ist wohl in den Augen der Verfasser nur unnützer Zierat. In unseren Augen ist es der Hinweis auf Ueberführung von Arbeitskräften in „ländliche Verhältnisse“ als „wirksames Mittel zur seelischen Erneuerung der Nation“.

Die Junker verlangen noch mehr.

Der Reichslandbund veröffentlicht zwei Entschlüsse eines Bundesvorstandes. Die erste begrüßt den „grundsätzlichen Wechsel in der Methode der Staatsführung“. Was die Herren davon erwarten, ergibt sich klar aus ihrer zweiten Entschlußung „zur agrar-politischen Lage“, wenn sie dort auch kluger Weise die für die Bauern wichtigere Veredelungsproduktion voranstellen. In der Entschlußung heißt es:

„Vordringlich ist der Schutz der bäuerlichen Veredelungsproduktion, für die seitens der vorigen Regierung nichts Durchgreifendes geschehen ist. Die zur Hebung der Preise dieser Produkte unumgänglich notwendige Abdrosselung aller irgendwo entbehrlichen Konkurrenzzeugnisse ist daher durch mengenmäßige Kontingentierung der Einfuhr ohne jeden Aufschub vorzunehmen.“

Der Reichs-Landbund erwartet von der Reichsregierung, daß sie sich bei den Veredelungsprodukten, Frühkartoffeln, Holz und Fischen nicht auf unzureichende Einzelmaßnahmen beschränkt, sondern nun endlich einmal ganze Arbeit leistet.

Die Verwendungszwänge sind weiter auszubauen . . . außerdem ist eine steuerliche Entlastung der heimischen Erzeugnisse, wie z. B. bei dem steuerlich über jedes erträgliche Maß hinaus belasteten Zucker vorzunehmen und dafür ein Ausgleich für Konsumenten und Reichsfinanzen in der schärferen Belastung der aus ausländischen Bestandteilen hergestellten Nahrungsmittel zu schaffen, z. B. Margarine.

Ohne eine Verteilung und Festschreibung der in den Herbst- und Wintermonaten dieses Jahres fällig werdenden Schulden, ohne Verlängerung und Ausgestaltung des Schutzes gegen Zwangsengriffe sowie ohne rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Kredite für Handel, Mühlen, Genossenschaften zum Ankauf von Getreide und zur Bevorschussung von Getreide beim Landwirt, ist neben der Abdrosselung der Einfuhr von Getreide und Kartoffeln dieses Ziel nicht zu erreichen.

Die Angleichung der Erzeugerpreise an die Produktionskosten wird nicht gelingen, wenn nicht noch vor den nächsten großen Fälligkeitsterminen eine über das bisherige Notverordnungsmaß ganz erheblich hinausgehende Zinsenkung vorgenommen wird. Die an den nächsten Terminen fällig werdenden Zinszahlungen können von der Landwirtschaft nicht geleistet werden.

Die Wünsche dieser Herren gehen immer weiter.

Schulden wollen sie anscheinend überhaupt nicht mehr bezahlen; für diesen erwünschten Zustand haben sie ein neues Wort gefunden: „Festschreibung“ der Schulden. — Auch Zinsen wollen sie zu dem bisherigen, bekanntlich bereits herabgesetzten Satz nicht mehr bezahlen. Zur Begründung erklären sie einfach: Wir können nicht.

Von besonderer Unverschämtheit zeugt die Forderung, künftig die Margarine durch Steuern zu belasten.
Antwort: am 31. Juli.

Das christliche Erziehungsheim vor Gericht.

Schl. Nach mehrtägiger Verhandlung wurde am Mittwoch in dem Prozeß wegen der Vorgänge im Erziehungsheim Waldhof bei Templin (Mark) das Urteil gefällt. Verurteilt wurden fünf Erzieher: FRANKE wegen gefährlicher und einfacher Körperverletzung in fünf Fällen zu 390 M Geldstrafe; KÜCHEMANN wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen zu 70 M; JAAP wegen gefährlicher Körperverletzung in einem Falle zu 100 M; WENDA wegen gefährlicher Körperverletzung in einem Falle zu 60 M; TESCHLER wegen Sittlichkeitsvergehens in zwei Fällen und wegen Sittlichkeitsvergehens in einem Falle zu einem Jahr Gefängnis.

Worum handelt es sich?

Sieben Erzieher der Fürsorgeanstalt Waldhof der Inneren Mission standen vor Gericht unter der Anklage, die Fürsorgezöglinge mißhandelt zu haben. Sie bestritten jede Mißhandlung, vertraten aber mit großer Selbstverständlichkeit ihre Ansicht von der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Bedeutung der Prügelstrafe für die Erziehung acht- bis vierzehnjähriger Fürsorgezöglinge. Sie alle kannten die Erlasse des Wohlfahrtsministers, die jede körperliche Züchtigung untersagen.

Aber da der Waldhof eine Privatanstalt ist, konnte angeblich kein Zwang auf die Durchführung dieser Bestimmungen ausgeübt werden. Zwei Sozialdemokratinnen: die Dezernentin des Stadtjugendamtes Berlin, Frau TODENHAGEN, und die Stadträtin Frau WEYL, der die Fürsorgeanstalt Waldhof unterstand, haben mit dem Anstaltsdirektor, Pfarrer GRÜBER, wegen der dauernden Beschwerden über körperliche Mißhandlung verschie-

dene Unterredungen gehabt, durch die jedoch keine Aenderung geschaffen wurde.

Die Behandlungsweise der Fürsorgezöglinge in Waldhof war, nach der Meinung der Erzieher und ihres Direktors, ganz in der Ordnung. Selbst die Selbstmorde und Selbstmordversuche erschienen GRÜBER nicht allzu ernste Anzeichen; über ihre Motive machte er sich wenig Gedanken. Es ist bezeichnend für das Gericht, daß an keiner Stelle des Prozesses die unverantwortliche Handlungsweise des als Zeugen fungierenden Pfarrers GRÜBER auch nur mit einem Wort angegriffen wird, der es für richtig hielt, in einer Fürsorgeanstalt Erzieher einzustellen, die, nach ihrem eigenen Urteil, keine Ahnung von pädagogischen Fragen hatten, denen — wie einer der Angeklagten es mit erstaunlicher Offenheit ausdrückte — „zuerst das Vieh kam, dann die Jungen und dann er selber“. Als der Verteidiger des Nebenklägers, Rechtsanwalt LÖWENTHAL, diese Auffassung angriff, wurde er dahingehend zurückgewiesen, daß er „dem Mann nicht seinen ehrlichen Glauben als Landwirt rauben“ dürfe! Aber es handelte sich ja auch nur um „minderwertiges Menschenmaterial“, um Fürsorgezöglinge!

Der Prozeß gewährt einen Einblick darin, was bei christlicher Erziehung möglich ist. Mehr: eine Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung ist diese Fürsorgeanstalt! Aber das geht — als eine Frage der Gerechtigkeit — die Justiz nichts an; die stellt fest, „das Gericht habe nicht zu entscheiden gehabt, welche Methode geherrscht habe“. Sie fällen nur ein Urteil über die bedauerlichen, wahrscheinlich aber „unvermeidlichen“ Zwischenfälle!

Lloyd George: Siedlung gegen Arbeitslosigkeit.

Die Bedeutung der inneren Kolonisation als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit wird in Deutschland noch nicht genügend erkannt. Es wird ja davon gesprochen, aber sozusagen nur anhangsweise als von einem der vielen möglichen Mittel. Unter diesen Umständen wird es nützlich sein, die Ansicht eines Politikers vom Range des Führers der liberalen Partei Englands kennen zu lernen. Was er für sein Land feststellt,*) gilt mindestens in demselben Maße für Deutschland.

Kaum noch 7 Prozent der englischen Gesamtbevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Trotz starken Wachstums der Gesamtbevölkerung ist die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Männer sehr stark gesunken, von rund 1 540 000 im Jahre 1871 auf rund 1 340 000 im Jahre 1921; noch in den Jahren von 1921 bis 1929 sank die Zahl der Landarbeiter um 108 000. Das heißt, daß nicht nur der ganze Nachwuchs, sondern auch fast 10 Prozent des 1921 vorhandenen Stammes abgewandert sind, eine immerhin beträchtliche Belastung des Arbeitsmarktes, wenn auch nicht entfernt so stark wie in Deutschland, wo die Abwanderung absolut unverhältnismäßig viel stärker, und relativ im Verhältnis zu der Masse der vorhandenen Industriearbeiter noch viel stärker ist. Abgesehen aber von diesem Unterschiede der Größenordnung, der in Deutschland umso mehr auf das Mittel der inneren Kolonisation hindrängt, gilt alles, was GEORGE sagt, völlig auch für Deutschland.

Das „bessere Gleichgewicht“.

Nachdem GEORGE die von der Industrie und vom Staat für die Industrie möglichen Maßnahmen besprochen hat, wobei er jeden Schutzzoll mit guten Gründen ablehnt, kommt er zu dem Schluß, daß es sich dabei bestenfalls um einen außerordentlich langsamen Verlauf der Genesung handeln könnte; daß Großbritannien jemals seine überragende Stellung im Welthandel zurückgewinnen könnte, erscheint dabei als ausgeschlossen. Aus diesem Grunde muß ein „besseres Gleichgewicht in der nationalen Wirtschaft“ dadurch hergestellt werden, daß man den inneren Markt durch die

„Wiederbelebung und Entwicklung der Landwirtschaft“ stärkt, und so einen

„ungeheuren Markt im Inneren“

erschafft, auf dem die fremde Konkurrenz nicht wirken kann. Und zwar sollte das nicht ins Auge gefaßt werden lediglich „als eine Notmaßnahme, sondern als eine große Gelegenheit, die nationale Ergiebigkeit, die Ausstattung und die Annehmlichkeiten des Lebens zu verbessern. Auf diese Weise werden wir gleichzeitig die Vergewöhnung für den Müßiggang vermeiden, Entseittlichung verhüten und die Durchführung von Plänen der Rationalisierung erleichtern, die auf die Umschichtung der Arbeit durch die Darbietung zweifacher Arbeitsmöglichkeit hinauslaufen.“ (Seite 32) Die

Schaffung von Familienbetrieben

in großem Maßstabe wäre in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich und würde „das alle anderen überragende (unique)

Heilmittel für die Arbeitslosigkeit

darstellen.“ „Denn im Verhältnis, wie die Wanderung vom platten Lande in die Städte (die am stärksten die jungen Leute erfaßt) abgelenkt werden kann, und im Verhältnis, wie viele der heute auf den Straßen unserer Großstädte liegenden Arbeitslosen (viele davon sind Landkinder) dem Landleben zurückgewonnen werden können, — in dem Maße wird unsere Abhängigkeit von internationalen Bedingungen und die Gefährdung durch Arbeitslosigkeit dauernd verringert werden.“ (Seite 33.)

Der Großbetrieb hat sich als Fehlschlag erwiesen (Seite 37), zum Teil durch die Schuld der Landlords, die ihren Landbesitz nicht als ein unvertrautes Pfand, sondern mehr und mehr als Luxus ansahen und sich immer mehr vom Betriebsleiter fort zum reinen Rentenempfänger hin entwickelten, zum anderen Teil aus allgemeinen Ursachen, unter denen der Druck der Steuern und hier wieder der Erbschaftsteuer die Hauptrolle spielen. Mit geringen Ausnahmen sind die Großgrundbesitzer heute eine „verarmte Klasse“, und die Lage des kapitalistischen Pächters ist kaum besser, weil die Arbeitslöhne, vor dem Kriege allzu niedrig, seither stark erhöht worden sind und weil ihre Grundherren zumeist das Kapital nicht mehr besitzen, um die Gebäude u. s. w. auch nur in Stand zu halten, geschweige denn Verbesserungen einzuführen. „Es ist unzweifelhaft, daß das bisherige System sehr schlecht geeignet ist, die weitreichenden Reformen durchzuführen, die wesentlich sind, wenn die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht werden soll.“ (Seite 39.)

Was produzieren?

Unmöglich, in England noch weiterhin Korn zu produzieren; die auswärtige Konkurrenz macht das unmöglich. Wohl aber wäre es möglich, die heute im Betrage von nicht weniger als vier Milliarden Mark eingeführten Massen von Butter, Käse, Eiern, Geflügel, Gemüse, nicht-tropischen Früchten, und schließlich von Fleisch und Fleischprodukten im Inlande herzustellen: das würde nach vertrauenswürdiger Schätzung nicht weniger als 400 000 Arbeiter mehr beschäftigen als heute, ungerechnet die gewaltige Anzahl von Arbeitern, die die Errichtung der neuen Bauernbetriebe in Bewegung setzen würde.

Die „Getreidefabriken“ können unter englischen Verhältnissen nicht in Betracht kommen. Zumal sie die Bevölkerung noch stärker vom Lande drängen würden, kann nur der bäuerliche Familienbetrieb in Frage kommen, der „offenkundige Vorzüge aufweist: er unterhält eine dichtere Bevölkerung auf gegebener Fläche, er bringt je Fläche mehr Werte hervor, und sein Inhaber konkurriert niemals auf dem Arbeitsmarkt, weil er niemals arbeitslos wird, sondern in schlechten Zeiten sich mit geringerem Komfort und geringerer Ersparnis durchschlägt“. Wenn man dem Bauern durch genossenschaftliche Organisation namentlich des Absatzes unter die Arme greift, ist er auch dem stärksten Wettbewerber gewachsen, und was die Bevölkerungskapazität anlangt, so führt GEORGE ein Beispiel an:

„In sechs Jahren wuchs die Bevölkerung von sieben Getreidefarmen und vier Weidefarmen, die in Bauernbetriebe (small holdings) aufgeteilt waren, von 891 auf 1227 Köpfe.

*) „How to tackle Unemployment“, von D. LLOYD GEORGE in Verbindung mit der Marquess of LORIAN und SEEBOHM ROWNTREE.

Weitere Ziffern zeigen, daß, ganz wie in Deutschland, der Wert des Ertrages je acre ganz regelmäßig umso größer ist, je kleiner der Betrieb ist, und daß die Viehhaltung, vor allem an Milchvieh, auf den Klein- und Mittelbetrieben viel stärker ist als auf den großen Farmen: „wenn die Landwirtschaft überhaupt rentabel gemacht werden kann, so sollten die Familienbetriebe die gesündesten und blühendsten des Ganzen sein“ (Seite 43).

Alte Sünden gut machen!

Die große Aufgabe der inneren Kolonisation kann nach GEORGE nur der Staat lösen, der auf diese Weise nur schwere Sünden gutmachen würde, die während Jahrhunderten an der Landwirtschaft im allgemeinen und an der Landarbeiterbevölkerung im besonderen begangen sind.

Zu dem Zweck muß der Staat ermächtigt werden, alles Land zu erwerben, das für den Aufbau von bäuerlichen Familienbetrieben nötig ist, und ferner alles Land, das neuer Kapitalinvestitionen bedarf, um produktiv zu werden, schließlich alles Land, das sich für Aufforstung eignet. Diesen Boden erwirbt der Staat durch Abtretung von Seiten der Erben (anstatt der Barzahlung von Erbschaftsteuer) oder gegen eine Jahresrente, die dem Eigentümer die bisherige Netto-Rente ersetzt, mit genügenden Abzügen dort, wo infolge von Mißwirtschaft neues Kapital erst investiert werden muß, oder schließlich durch Einkauf im offenen Markte.

Auf dem derart erworbenen oder unter Staatsaufsicht gebrachten Lande will GEORGE in drei oder höchstens fünf Jahren nicht weniger als 100 000 bäuerliche Familienbetriebe errichten, also zwei- bis dreihunderttausend Menschen ins Land verwurzeln und gleichzeitig durch den Bau und die Ausstattung der Häuser, den Bau von Zufahrtswegen u. s. w. einer sehr großen Zahl von anderen Arbeitern Beschäftigung vermitteln.

Das englische Problem: Woher die Siedler nehmen?

Ueber die Aufbringung der Geldmittel zerbricht sich dieser führende Staatsmann des reichen England den Kopf nicht. Das eigentliche englische Problem ist ein ganz anderes: Woher sollen die qualifizierten Siedler kommen, nachdem England seine Bauern-Bevölkerung so gut wie ganz verloren hat? Erst in den letzten Jahrzehnten hat man in geringem Maße mit der Schaffung von Neubauern begonnen. Immerhin wird sich ein Teil der Siedler unter den Söhnen und Töchtern bestehender Bauern finden lassen; auch unter den Eigentümern und Pächtern von Feldgärten (allotments) werden sich geeignete Elemente in nicht geringer Zahl finden lassen, und schließlich werden Lehrlingen empfohlen. Hier sollen Kandidaten geschult werden. (GEORGE hält reichlich optimistisch, ein Jahr für genügend).

Genossenschaft und Staatshilfe.

Meinen eigenen Vorschlägen und bisher sehr erfolgreichen Versuchen sehr nahe kommt der Vorschlag, die Siedlungen nicht vereinzelt, sondern in größeren Gruppen anzulegen, ihren Markt zu organisieren und sie zu dem Zweck in allen Formen der Genossenschaft zusammenzufassen. „Dadurch wird die heutige unglückliche Schichtung der ländlichen Gesellschaft in vielen Landesteilen eine bessere werden, mit ungeheuren Vorteilen für die Lebenskraft, das Lebensinteresse und das soziale Behagen der Masse des Volkes.“ (Seite 54.)

Die Kosten der einzelnen Siedlung würden nach den hier angegebenen Daten fast genau so hoch sein wie in Deutschland, was das Gebäude anbetrifft; die reine Landrente wird als wesentlich höher angenommen. Wie in Deutschland, ist unter den heutigen Verhältnissen wenigstens zunächst eine Rentabilität nicht zu erhoffen; aber der Staat hat alle Ursache, starke Zuschüsse zu leisten, indem er einen Teil des Kapitals abschreibt, „angesichts der großen Vorteile, die die Herstellung des Gleichgewichts der Volkswirtschaft und die Verminderung der Arbeitslosigkeit mit sich bringen“. Wenn der Staat jährlich an jeder Farm dreißig Pfund, zusammen also drei Millionen Pfund oder sechzig Millionen Mark zusetzt, so würde das unendlich viel wirksamer sein, als eine Prämie auf den Weizen, die nach Lord LYMINGTON selbst bei Verdoppelung der heutigen Ernte nur 17 000 Arbeitern mehr Beschäftigung geben würde.

Der erhoffte Erfolg.

Die NAIRNE-Kommission berichtet: „Trotz der schweren Not dieser Zeit, einer der ärgsten, die die Landwirtschaft je durchgemacht hat, fanden wir den Geist der Siedler, im Gegensatz zu der sonst vorherrschenden Niedergeschlagenheit, im allgemeinen durchaus gut. Was ihnen den stärksten Ansporn zu geben schien, war, daß sie „auf eigener Scholle“ saßen; dafür waren sie bereit, viele Sorgen und Entbehrungen mit in Kauf zu nehmen.“ Im übrigen zeigen viele Haushaltungsrechnungen der Siedler „mit überwältigender Klarheit, daß der bäuerliche Familienbetrieb sich nicht nur erhält, sondern überall da in die Höhe kommt, wo die Bedingungen für die Landwirtschaft einigermaßen günstig sind und wo der notwendige Unternehmungsgeist und die erforderliche Befähigung zur Betriebsleitung vorhanden sind.“ (Seite 55.)

Deutschland leidet unter ganz den gleichen Umständen wie England, aus den gleichen geschichtlichen Ursachen und kann sich nur durch die gleichen Mittel heilen und retten. Die 40-Stunden-Woche und alle anderen Maßnahmen, die heute geplant und zum Teil schon durchgeführt sind, in allen Ehren; aber

die wirkliche Heilung kann auch Deutschland nur bringen die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Volkswirtschaft, die Entwicklung des Binnenmarktes durch Besiedlung des „Raums ohne Volk“ im Osten durch das „Volk ohne Raum“.

Franz Oppenheimer

Kartelle verschärfen die Krise.

Außer dem Großgrundeigentum machen wir die industriellen Kartelle verantwortlich für Entstehung und Verschärfung der Wirtschaftskrise. Wir veröffentlichen hier einiges statistisches Material dazu.

Das Institut für Konjunkturforschung errechnet auf Grundlage der Preise von 1926 je eine Indexzifferreihe für freie Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren (zum Beispiel Textilien, Holz, ausländische Kohle) und für kartellmäßig gebundene Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren (zum Beispiel inländische Kohle, Roheisen, Kunstdünger, Zement).

Im Oktober 1928 war der Index für gebundene und freie Preise ungefähr gleich: freie Preise 103, gebundene Preise 103,7.

Trotz der Krise blieben die gebundenen Preise auf dieser Höhe bis Mitte 1930. Sie sind seitdem auch nur verhältnismäßig wenig gesunken, wie die Indexziffer für April 1932 zeigt: 84.

Ganz anders die Entwicklung der freien Preise. Die Indexziffer für freie Preise ist gegenüber dem Stand vom Oktober 1928 unter die Hälfte gesunken! Im April 1932 beträgt die Indexziffer: 47,9.

Die gebundenen Preise holen auch in der Zeit der verschärften Krise den Rückgang nicht etwa nach: Vom Januar 1931 bis zum April 1932 sind die freien Preise um 27 Prozent, die gebundenen Preise aber nur um 12 Prozent gesunken.

Die nachstehenden Zahlenreihen zeigen deutlich, woran es liegt, daß in dieser Krise die Massenkaufkraft nicht, wie in

früheren Krisen, durch Preisfall gestärkt wird und daß die verarbeitende Industrie nicht, wie in früheren Krisen, durch sinkende Rohstoffpreise einen Antriebs zur Vergrößerung der Produktion erhält. Die Kartelle sind daran schuld. Ihre Machtstellung gilt es daher zu besitzigen.

	Freie Preise	Gebundene Preise
1926	100	100
1928		
Januar	110,0	99,7
April	109,4	99,8
Juli	108,4	103,1
Oktober	108,0	103,7
1929		
Januar	101,9	104,6
April	99,7	104,8
Juli	96,9	104,9
Oktober	95,1	105,3
1930		
Januar	90,4	105,0
April	85,2	105,1
Juli	78,9	103,3
Oktober	72,2	101,7
1931		
Januar	66,2	95,2
April	65,0	94,0
Juli	62,0	93,8
Oktober	55,6	93,5
1932		
Januar	51,2	84,4
April	47,9	84,0

H. H.

DEUTSCHLAND

Wohnungsbau im April: In den Groß- und Mittelstädten wurden 3234 Wohnungen fertiggestellt; das sind 5 Prozent mehr als im März und 67 Prozent weniger als im April 1931. Durch Umbauten sind im April 1147 Wohnungen geschaffen worden; im April 1931 waren es nur 448 Wohnungen. — Der Umbau gewinnt also gegenüber dem Neubau an Bedeutung.

ENGLAND

Steigender Einfuhrüberschuß: Im Mai betrug die Ausfuhr nur 30 Millionen Pfund Sterling gegenüber 35 Millionen Pfund im April. Die Einfuhr dagegen betrug 56 Millionen Pfund; im April hat sie nur 53 Millionen Pfund betragen. — Diesen Erfolg der Absperrungsmaßnahmen haben die Engländer wohl kaum erreichen wollen! Sollte es sich immer wieder um Einfuhren handeln, die vorübergehend gesteigert sind, um einer Erhöhung der Zollmauern zuvor zu kommen? Dann erwiese sich ja das bisherige Verfahren, alle paar Monate die Zollmauern zu erhöhen, als ausgezeichnetes Mittel, um den Einfuhrüberschuß zu vergrößern!

DÄNEMARK

Wirtschaftlicher Anschluß an England: Der Leiter der dänischen Devisen-Zentrale äußerte sich gegenüber einer dänischen Zeitung: Alle seien sich darüber klar, daß es bei der Einfuhrregulierung die Tendenz Dänemarks sei, England zu begünstigen. Dänemarks Einkäufe würden in steigendem Maße nach England gelegt werden. Das werde in noch deutlicherem Maße als bisher in der Handelsstatistik der kommenden Monate sichtbar werden.

und Dänemarks Ausfuhr nach Deutschland? Die dänische Ausfuhr von Eiern nach Deutschland während der ersten vier Monate hat sich gegenüber dem Vorjahr stark erhöht: Dem Werte nach von 3 Millionen Kronen auf 7,6 Millionen Kronen, noch stärker der Menge nach: von 34 Millionen Stück auf 118 Millionen Stück.

Arbeitslosenziffer sinkt schneller als in Deutschland: Am 3. Juni wurden 83 900 Arbeitslose gezählt, gegenüber 85 200 in der Vorwoche. Der Rückgang während der letzten Maiwoche betrug in Dänemark 1,5 Prozent, in Deutschland nur etwa 0,8 Prozent.